

Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes an die 1. Tagung des 3. Bundesparteitages der Partei DIE LINKE, Göttingen, 2. und 3. Juni 2012

Gemäß § 9 (5) des Parteiengesetzes der Bundesrepublik Deutschland legt der Parteivorstand dem Bundesparteitag einen Tätigkeitsbericht vor. Der Berichtszeitraum begann mit der Wahl des Parteivorstandes auf dem 2. Bundesparteitag am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock. Redaktionsschluss für diesen Bericht war der 14. April 2012.

Grundlagen der Arbeit des Parteivorstandes

Der Parteivorstand arbeitete auf Grundlage der Programatischen Eckpunkte bzw. des im Laufe der Amtszeit beschlossenen Parteiprogramms, der Bundessatzung, der Ordnungen der Partei, des 2009 beschlossenen Europawahlprogramms, des 2009 beschlossenen Bundestagswahlprogramms und der weiteren 2007 beschlossenen Gründungsdokumente der Partei DIE LINKE. Im Berichtszeitraum gaben die Bundesparteitage die grundsätzliche Orientierung für die Vorstandsarbeit:

Die 1. Tagung des 2. Parteitages der Partei DIE LINKE am 15. und 16. Mai 2010 in Rostock, hier besonders die Beschlüsse:

Für einen Politikwechsel – DIE LINKE stärken.

Für Solidarität und gegen antimuslimischen Rassismus

Die 2. Tagung des 2. Parteiages der Partei DIE LINKE am 21., 22. und 23. Oktober 2011 in Erfurt, hier besonders die Beschlüsse:

Programm der Partei DIE LINKE

Solidarität mit der Jugend und dem Volk von Chile sowie mit der Linken in ganz Lateinamerika

10 Jahre Krieg in Afghanistan: Dem Frieden eine Chance, Truppen sofort raus aus Afghanistan!

Konzept zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in der LINKEN

Für eine aktive und kämpferische Betriebsarbeit in der Partei DIE LINKE

Alle von Bundesparteitagen an den Parteivorstand überwiesenen Anträge wurden von diesem beraten und entschieden.

Der Parteivorstand regelte seine Tätigkeit mit Sitzungs- und Terminplänen sowie einer Geschäftsordnung. Er hatte satzungsgemäß 44 Mitglieder. Im Berichtszeitraum gab es im vom 2. Parteitag gewählten Parteivorstand nur eine personelle Veränderung durch den Rücktritt der Parteivorsitzenden am 10. April 2012. Der Geschäftsführende Parteivorstand bestand satzungsgemäß aus 12 Mitgliedern. Es waren dies außer den vom Parteitag direkt gewählten Mitgliedern (Gesine Löttsch, Klaus Ernst, Heinz Bierbaum, Katja Kipping, Sahra Wagenknecht, Halina Wawzyniak, Werner Dreibus, Caren Lay und Raju Sharma) noch Christine Buchholz, Nele Hirsch und Matthias Höhn, die in der konstituierenden Sitzung am 29. Mai 2012 gewählt wurden. Bei seiner ersten Klausur am 3. und 4. Juli 2010 berief der Parteivorstand Caren Lay als Bundeswahlkampfleiterin und Werner Dreibus als Bundeswahlkampfleiter. Weitere Parteivorstandsmitglieder wurden als Verantwortliche für einzelne Politikfelder bestimmt.

Die Personalverantwortung im Parteivorstand übten die Parteivorsitzenden und in deren Auftrag die Bundesgeschäftsführerin und der Bundesgeschäftsführer in Abstimmung mit dem Bundesschatzmeister aus. Personalentscheidungen wurden im Geschäftsführenden Parteivorstand getroffen.

Im Berichtszeitraum traf sich der Parteivorstand zu 21 Sitzungen. Über die Sitzungen des Parteivorstandes und dessen Beschlüsse wurde ausführlich in Sofortinformationen der Bundesgeschäftsführung, im Internet und im Newsletter der Partei informiert. Alle Beschlüsse (sofern sie nicht Personalfragen betrafen) wurden im Internet veröffentlicht.

Der Geschäftsführende Parteivorstand traf sich im Berichtszeitraum zu über 50 Sitzungen, um Entscheidungen zu operativen Vorgängen, Finanz- und Personalfragen zu treffen sowie die Sitzungen des Parteivorstandes vor- und nachzubereiten.

Der Parteivorstand bildete drei Arbeitsgruppen, die zu Fragen der Strategie, der Wirtschafts- und Finanzpolitik und der Parteientwicklung (im Rahmen der Projektgruppe LINKE 2020) arbeiteten. Die bereits bestehende Arbeitsgruppe Antiprivatisierung wurde in veränderter Besetzung weitergeführt. Sie entwickelte das Konzept der Antiprivatisierungswerkstätten. Dabei handelt es sich um ein spezielles Veranstaltungs- und Seminarangebot, das in Zusammenarbeit mit örtlichen MandatsträgerInnen, Kreis- und Landesverbänden sowie Bürgerinitiativen die Rekommunalisierung oder Privatisierungsverhinderung konkreter Einrichtungen und Leistungen der Daseinsvorsorge und von Gemeingütern beinhaltet. Im Berichtszeitraum wurden neun Antiprivatisierungswerkstätten und vier öffentliche Veranstaltungen zu den Themenfeldern Stadtreinigung, Abfallwirtschaft, Stromwirtschaft, public private partnership in der Schulsanierung, bei Friedhöfen und Forsten durchgeführt und zwei Fallstudien vorbereitet. Der Parteivorstand berief in seiner konstituierenden Beratung eine „Internationale Kommission“ und wählte seine Vertreterinnen und Vertreter in den Bundesausschuss. Nach jeder Bundesausschussberatung hörte der Parteivorstand den Bericht des Bundesausschusses an.

Der Parteivorstand führte zwei Bundesfrauenkonferenzen, zwei Kreisvorsitzendenkonferenzen, zwei politische Jahresauftaktveranstaltungen, mehrere Kulturveranstaltungen mit der EL, jährlich das Fest der Linken und die Aschermittwochsveranstaltungen, Pfingsten mit der LINKEN am Werbellinsee und Feste zum Jahrestag der Befreiung durch und vergab zweimal den Clara-Zetkin-Frauenpreis im Umfeld des Internationalen Frauentages. Er beteiligte sich u.a. an den jährlichen Ehrungen von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, mit Parteienabenden an diversen Gewerkschaftstagen, an den Kirchentagen, an den 1.-Mai-Demonstrationen und Ostermärschen, an den Jugendmessen YOU und an den Girlsdays. Im Berichtszeitraum gab es mehrere Spitzengespräche der Vorsitzenden mit hochrangigen Repräsentantinnen und Repräsentanten des DGB, der IG Metall, der GEW und von ver.di sowie mit Vertreterinnen und Vertretern von Sozialverbänden, Migrantenvereinigungen, Kirchen und anderen. Die Vorsitzenden oder andere hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Partei traten auf Gewerkschaftstagen und Parteienabenden der Gewerkschaften oder kommunaler Vereinigungen auf.

Auf einer Klausur am Beginn der Wahlperiode und - konkretisiert - im Oktober 2010 traf der Parteivorstand grundsätzliche Regelungen zur Arbeit der Bundesgeschäftsstelle. Er legte die Struktur der Bundesgeschäftsstelle mit den Bereichen „Strategie/Grundsatzfragen“, „Bürgerdialog/Medien/Öffentlichkeitsarbeit“, „Kampagnen/Parteientwicklung“, „Politische Bildung“, „Internationale Politik“, „Parteifinanzen“ und „Organisation und Dienstleistungen“ fest. Ferner gibt es die Büros der Parteivorsitzenden (mit der Pressestelle), der Bundesgeschäftsführung und des Bundesschatzmeisters. Der Parteivorstand beschloss den Stellenplan der Bundesgeschäftsstelle.

Im Frühsommer 2010 und im Frühjahr 2012 hatte der Parteivorstand über die Aufstellung einer Kandidatin für den Bundespräsidenten zu entscheiden und tat dies in Abstimmung mit der Bundestagsfraktion und den Landesvorsitzenden.

Die politischen Aktivitäten betrafen neben der Arbeit am Parteiprogramm und der Begleitung zahlreicher Wahlkämpfe:

- Gesundheit unter dem Motto „für eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung“,
- die Auseinandersetzung mit Rechts u.a. durch die Unterstützung von Dresden Nazifrei und die Kritik der Sarrazin-Thesen,
- Aktivitäten gegen den Afghanistankrieg, andere Kriege, zunehmende Militarisierung und Rüstungsexporte,
- die Unterstützung der jährlichen Demonstration „Freiheit statt Angst“ sowie Aktionen gegen ACTA,
- umfangreiche Aktionen gegen die Wirtschafts-, Euro- und Demokratiekrise und für soziale Gerechtigkeit, für gute Arbeit, anständige Tarifverträge und einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn, gegen die Rente mit 67 und für gute Renten, für die Wiedereinführung der

Vermögenssteuer, gegen Hartz IV und für eine repressionsfreie Grundsicherung, u.a. durch die Einrichtung einer Expertenkommission und die Unterstützung von Sozialberatungen,

- Aktionen gegen Atomkraft und Atommülltransporte, u.a. Unterstützung diverse Demonstrationen und Bündnisse, z.B. gegen CASTOR-Transporte und im Zusammenhang mit dem Tschernobyl-Jahrestag und der Katastrophe in Fukushima,
- die Unterstützung der Proteste gegen Stuttgart 21,
- Auseinandersetzung mit der Beobachtung der LINKEN durch den Verfassungsschutz,
- eine mieten- und wohnungspolitische Offensive,
- Aktivitäten und Stellungnahmen zu Steuerpolitik, Kultur, Bildung, Europapolitik, Antiprivatisierung, Integrationspolitik, Verbraucherschutz, internationaler Solidarität und Kommunalpolitik.

Mit den Kampagnen und Themenschwerpunkten hat der Parteivorstand LINKE Kernforderungen gesellschaftlich transportiert und das Profil der LINKEN – anknüpfend an die erfolgreiche Arbeit – ausgebaut.

Unter anderem im Rahmen der Programmdebatte, der Debatte um die Wahlstrategie 2011 und der Wahlauswertungen diskutierte der Parteivorstand zur strategischen Positionierung der Partei DIE LINKE in unserer Gesellschaft und zur Zusammenarbeit mit Bündnispartnern. In Spitzengesprächen mit Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden und anderen Bündnispartnern wurde über Möglichkeiten zur Erringung gesellschaftlicher Mehrheiten für unsere Ziele gesprochen. Die strategische Diskussion wurde ebenso in Beratungen mit den Landesvorsitzenden, Landessprecherinnen und Landessprechern geführt und eine diesbezügliche Strategiekonferenz der Landesverbände unterstützt.

Partei- und Mitgliederentwicklung 2010-2012

I. Fakten zur Mitglieder- und Parteientwicklung

a) Mitgliederentwicklung

DIE LINKE hat in den Jahren 2010 und 2011 rund 8.300 neue Mitglieder gewinnen können. Gleichzeitig mussten viele Abgänge durch Austritt, Tod oder aufgrund der Nichtzahlung von Mitgliedsbeiträgen verkraftet werden, sodass die Zahl der Mitglieder nach dem Hoch Ende 2009 von damals rund 78.000 Mitgliedern auf rund 69.500 zum 31. Dezember 2011 abgesunken ist. Der Frauenanteil liegt unverändert bei 37 Prozent.

Die Entwicklung in den einzelnen Landes- und Kreisverbänden verläuft dabei nicht einheitlich, zum Teil finden sich in einzelnen Landesverbänden auf der Kreisebene auch durchaus gegensätzliche Entwicklungen. Insgesamt gesehen ist der Anteil der Mitglieder in den östlichen Landesverbänden (inklusive Berlin) von 63 Prozent Ende 2009 nur minimal auf 62 Prozent zum 31. Dezember 2011 gesunken.

b) Entwicklung der Kreis- und Ortsverbandsstrukturen

Die Zahl der Kreisverbände konnte in den Jahren 2010 und 2011 von 353 auf nunmehr 360 ausgebaut werden. DIE LINKE hat damit inzwischen ein flächendeckendes Netz an Kreisverbänden erreicht, zu der inzwischen über 5.000 Orts- oder Stadtteilgruppen kommen. Der Zuwachs an Kreisverbänden geht vor allem auf zahlreiche Neugründungen im Westen zurück, während gleichzeitig im Osten eine Verringerung der Zahl der Kreisverbände aufgrund von Gebietsreformen festzustellen ist.

c) Bundesweite Zusammenschlüsse

Darüber hinaus engagieren sich zahlreiche Mitglieder in den nunmehr 26 bundesweit anerkannten und zahlreichen weiteren Zusammenschlüssen. Damit ist die Zahl der bundesweit anerkannten Zusammenschlüssen in den letzten beiden Jahren von 24 auf 26 gestiegen.

d) Entwicklung von Jugend- und Studierendenverband

Die organisatorische Entwicklung von Linksjugend [solid] als Jugendverband der Partei und des Studierendenverbandes DIE LINKE.SDS ist weiterhin positiv. Die Zahl der Mitglieder des Jugendverbandes stieg von rund 4.300 am 31.12.2009 auf rund 4.800 Ende 2011. In diesen Zahlen nicht enthalten sind passive Mitglieder des Jugendverbandes, das heißt junge Mitglieder der Partei, die ihre Mitgliedschaft im Jugendverband nicht aktiviert haben. Insgesamt waren zum 31.12.2011 rund 8.900 Mitglieder der Partei unter 35 Jahre und somit auch passive oder aktive Mitglieder des Jugendverbandes. Das sind immerhin 12,9 Prozent aller Mitglieder. Die Anzahl der Basisgruppen des Jugendverbandes in den Landesverbänden wuchs im gleichen Zeitraum um 15 auf 171. Auch der Studierendenverband konnte leichten Zuwachs verzeichnen. Die Zahl der Hochschulgruppen ist hier inzwischen auf 49 gewachsen. In Bayern, Baden-Württemberg und NRW konnten neue Landesverbände gegründet werden. Die Zahl der individuell registrierten Mitglieder stieg im Studierendenverband in den beiden Jahren nach der Einführung der Individualmitgliedschaft auf inzwischen über 300.

II. Projekt „LINKE 2020“

Ausgehend vom Auftrag des Parteitags die weitere organisatorische Konsolidierung der Partei voranzutreiben, setzte der Parteivorstand im Oktober 2020 die Projektgruppe „LINKE 2020“ ein. Drei Jahre nach Gründung der Partei DIE LINKE sollte die aus Vertreterinnen und Vertretern der Bundes-, Landes- und Kreisebene zusammengesetzte Projektgruppe eine Bestandsaufnahme der organisationspolitischen Situation vornehmen und Vorschläge für die Sicherstellung der politischen Handlungsfähigkeit der Partei in den kommenden Jahren bis zum Jahr 2012 vorlegen. Die Projektgruppe legte im Oktober 2011 ihren Abschlussbericht mit umfangreichen Empfehlungen vor. Der Parteivorstand gab den Bericht und die Empfehlungen zur weiteren Diskussion in die Partei und zog erste praktische Schlussfolgerungen für die Arbeit seiner Bundesgeschäftsstelle. Nach Diskussion in den Gliederungen der Partei stehen weitere Verabredungen mit den Landesverbänden zum weiteren Vorgehen an.

III. Konkrete Maßnahmen

a) Maßnahmen der Unterstützung der Vorstandsarbeit vor Ort

Zur Verbesserung des Austauschs mit den Kreisverbänden führte der Parteivorstand in den Jahren 2011 und 2012 Kreisvorsitzendenberatungen durch. Ohne Beschlussdruck konnte hier gemeinsam über organisationpolitische Herausforderungen und die Weiterentwicklung politischer Schwerpunktthemen diskutiert werden. Ausgehend von diversen Anregungen auf diesen Beratungen wird aktuell unter anderem ein flächendeckender Kreisvorständeverteiler aufgebaut. Weitere Maßnahmen zur Direktkommunikation mit allen Kreisvorstandsmitgliedern sind in Vorbereitung. Dem Bedarf nach stärkerer Unterstützung und Qualifizierung der Verantwortlichen vor Ort wird aktuell mit der Erarbeitung eines neuen, einheitlichen Nachschlagewerks („Roter Ordner“) nachgekommen. Dieses praxisorientierte Nachschlagewerk für organisationspolitische Fragen soll künftig auch als Grundlage für Seminare mit neuen und alten Kreisvorstandsmitgliedern dienen.

b) Maßnahmen der Mitgliedergewinnung, -kommunikation und -beteiligung:

Ein organisationspolitischer Schwerpunkt war die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Gewinnung neuer Mitglieder sowie zur Verbesserung der Mitgliederkommunikation und -beteiligung.

Im Vordergrund stand dabei die Unterstützung der Verantwortlichen für Mitgliederentwicklung und -gewinnung vor Ort in den Landes- und Kreisverbänden und die Verbesserung des Austauschs untereinander. Die bereits bestehende bundesweite Arbeitsgruppe Mitgliederentwicklung wurde weitergeführt, erweitert und eine bessere Verankerung ihrer Mitglieder in ihren jeweiligen Landesverbänden weitestgehend sichergestellt.

Erstmalig wurde im Februar 2012 ein bundesweiter Tag der Mitgliederverantwortlichen durchgeführt. Rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer tauschten sich dort gemeinsam über die Themen Mitgliedergewinnung, -kommunikation und -beteiligung aus. Um dieses Netzwerk weiterzuentwickeln wird seit Anfang des Jahres 2012 regelmäßig der zielgruppenspezifische Newsletter „Mitglieder gewinnen,

Mitglieder beteiligen“ herausgeben. Er dient der Information über aktuelle Entwicklungen, soll den Austausch über erfolgreiche Beispiele fördern und Hilfestellungen für die praktische Arbeit geben.

Im Rahmen einer kleinen Initiative zur Gewinnung neuer, insbesondere auch weiblicher Mitglieder wurden auf der Kreisvorsitzendenberatung 2012 die Kreisverbände, die bei der Gewinnung neuer Mitglieder am erfolgreichsten waren, besonders geehrt.

Zur Unterstützung der Arbeit vor Ort wurde zudem das Bestellseminar „Aktive Mitgliedergewinnung vor Ort“ entwickelt, Postkarten zur direkten Ansprache von potentiellen neuen Mitgliedern produziert und weitere Handreichungen erstellt. Grundsätzlich sollen alle Kampagnen und Aktionen beteiligungsorientiert ausgerichtet und zur Mitgliedergewinnung genutzt werden. Auf alle bundesweiten Verteilmaterialien werden inzwischen Eintrittsformulare oder Mitmach-Coupons gedruckt.

c) Maßnahmen der innerparteilichen Bildungsarbeit: Strukturen

Die innerparteiliche Bildungsarbeit wird von der Kommission Politische Bildung und dem Bereich Politische Bildung entwickelt und organisiert. Sie zielt einerseits auf den Ausbau von Bildungsstrukturen und andererseits auf die inhaltliche Weiterbildung und Qualifizierung von Parteimitgliedern ab.

Der Aufbau und die Unterstützung von Landesbildungskommissionen und ähnlicher Strukturen genießt dabei sehr hohe Priorität. In mehr als der Hälfte der Landesverbände gibt es aktive und arbeitsfähige Bildungsstrukturen. Darüber hinaus wurde die Verankerung der Bildungsarbeit in den Kreisverbänden forciert, wo es inzwischen in 169 Kreisverbänden Bildungsverantwortliche gibt. Mit diesen Bildungsverantwortlichen wurden mehrere zentral organisierte Treffen durchgeführt. Der jährlich stattfindende Bildungstag griff mit der Frage der Qualität linker Bildungsarbeit (2010) und der Frage der Kultur des Umgangs miteinander (2011) wichtige innerparteiliche Themen auf. Seminare zur erfolgreichen Arbeit in Vorständen sind seit 2011 ebenso Teil des Bildungsangebots wie spezielle Seminare für Frauen in Vorständen und ein Seminar zur kollegialen Beratung. Seit 2012 gibt es zudem ein spezielles Seminar zur Arbeit von Kreisvorsitzenden. Zur Verankerung von Seminarkonzepten in der Fläche gab es eine Reihe von Qualifizierungsmaßnahmen, bei denen Aktive zur selbstständigen Durchführung von Seminaren vor Ort – nach Absprache mit den jeweiligen verantwortlichen politischen Gremien – ausgebildet wurden. Dieser Ansatz stärkt nachhaltig die Landes- und Kreisverbände.

Die Entwicklung des neuen Parteiprogramms wurde inhaltlich mit den Tagesseminaren „Einführung in die Programmdebatte“ und einem dazugehörigen Bildungsheft begleitet. Zur Verbreitung der Inhalte des Parteiprogramms gibt es seit Frühjahr 2012 das Seminar „Das neue Parteiprogramm“. Das Neumitgliederseminar als Grundlagenseminar wurde aktualisiert. Die Entwicklung des Grundlagenkurses DIE LINKE 1 ist annähernd abgeschlossen und wird in diesem Jahr erstmals als eine Kombination aus interaktivem E-Learning und mehreren Wochenendseminaren angeboten. Die viertägige Frühlingsakademie beschäftigte sich 2011 mit Theorie und Praxis von Gramscis Hegemoniebegriff, 2012 wird das Thema die Krise in Europa sein. 2011 hatte die Frühlingsakademie etwa 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Seit dem Jahr 2011 gibt es darüber hinaus jährlich vier Themenseminare in Elgersburg zur inhaltlichen Qualifizierung von Teamenden und weiteren Interessierten. Hinzu kamen in den vergangenen beiden Jahren wahlkampfunterstützende Bildungsangebote, unter anderem für die Landesverbände Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Berlin, Thüringen und Schleswig-Holstein.

d) Maßnahmen der Nachwuchsförderung

2011 wurde zum Zwecke der Förderung weiblichen Nachwuchses erstmalig ein einjähriges bundesweites Mentoringprogramm für junge Frauen gestartet. Es gab 45 Bewerberinnen aus allen Landesverbänden. Auf Empfehlung der Landesverbände wurden 15 Plätze vergeben. Die Mentees durchliefen zum einen ein umfassendes Bildungsprogramm bestehend aus Elementen politischer Bildung, einem Kommunikationstraining und Zeitmanagement, zum anderen konnten sie durch Praktika bei und im Austausch mit ihrer jeweiligen Mentorin bzw. ihrem jeweiligen Mentor umfangreiche Erfahrungen für ihre weitere Entwicklung sammeln.

Als Teil der Nachwuchsförderung ist auch das Praktikumsprogramm der Bundesgeschäftsstelle zu verstehen. Seit 2010 absolvierten hier rund 40 Praktikantinnen und Praktikanten ein Praktikum in den unterschiedlichen Bereichen.

e) Maßnahmen der Gleichstellung: Gleichstellungsberichte, Einrichtung Gleichstellungsausschuss, weitere konkrete Maßnahmen

DIE LINKE setzt sich in allen politischen Bereichen aktiv für die Gleichstellung von Frauen und Männern ein. Auch DIE LINKE selbst will für Frauen eine Partei sein, in der sie Politik machen und ihre Interessen vertreten können. Um die hier noch vorhandenen Defizite zu überwinden, hat der Parteivorstand im Dezember 2010 erstmalig ein Konzept zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit in der LINKEN beschlossen, das den Ist-Stand in Sachen Gleichstellung erfasst und konkrete Vorschläge macht, die die innerparteiliche Gleichstellung sichern sollen. Die aufgeführten Vorschläge sollen dabei für alle Gliederungen der Partei realistisch und in messbarer Zeit umsetzbar sein. Der Parteitag hat dieses Konzept 2011 bestätigt. Alle Gliederungen sind nunmehr zur Mitarbeit an der Umsetzung aufgerufen. Auf Bundesebene wurde ausgehend von dem beschlossenen Konzept ein Ausschuss für die Durchsetzung der Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit eingerichtet, der mehrfach getagt hat. Zudem wurde unter anderem ein zielgruppenspezifischer Newsletter gestartet, der dem Austausch und der praktischen Hilfestellung beim Thema Gleichstellung dienen soll, sowie ein erster Leitfaden zur geschlechtergerechten Ansprache fertig gestellt.

Auch mit der verstärkten Beteiligung und inhaltlichen Schwerpunktsetzung der Bundesfrauenkonferenzen, der regelmäßigen Beteiligung der Bundesgeschäftsstelle am Girl's Day und Equal Pay Day wurde die Arbeit zum Thema Gleichstellungspolitik intensiviert.

An der Ausschreibung des Clara-Zetkin-Frauenpreises durch den Parteivorstand, die anlässlich des 100. Internationalen Frauentages erstmalig erfolgte, und 2012 ebenfalls durchgeführt wurde, haben sich ca. 150 Frauenprojekte aus dem gesamten Bundesgebiet beteiligt. Auch die Nominierungsveranstaltungen in der Berliner Kulturbrauerei waren sehr gut besucht.

f) Maßnahmen zur Unterstützung von Beratungsangeboten vor Ort

Im Rahmen der weiteren Entwicklung der Partei gilt es das Profil der LINKEN als Partei des Alltags oder auch als „Kümmererpartei“ zu festigen. Zu diesem Zweck wurde in einem ersten Schritt eine bundesweite Bestandsaufnahme der vorhandenen Beratungsangebote (vor allem Sozial- und Hartz IV-Beratungen) der Partei, ihrer Abgeordneten und von mit ihr kooperierenden Einrichtungen vorgenommen. Die vorhandenen Beratungsangebote vor Ort sollen künftig nach Möglichkeit zentral online veröffentlicht werden. Ratsuchenden soll so der Weg zu diesen Beratungsangeboten erleichtert werden. In einem zweiten Schritt ist die Vernetzung, der Austausch und in der Folge die regelmäßige Qualifizierung der Beratungsangebote in Vorbereitung.

DIE LINKE in Wahlen

Im Berichtszeitraum hatte DIE LINKE acht Landtagswahlen, drei Kommunalwahlen und diverse kommunale Wahlen zu bestehen. Der Parteivorstand fasste die notwendigen Beschlüsse zur Unterstützung der Wahlkämpfe. Die Finanzierung war gesichert, ebenfalls die zahlreichen Unterstützungsangebote durch die Bundesgeschäftsstelle.

Caren Lay und Werner Dreibus legten dem Parteivorstand eine Bilanz des Wahljahres 2011 vor. DIE LINKE hat in diesem Wahlzyklus stagniert, einige Wahlziele nicht erreicht und in Berlin durch den Verlust der Regierungsbeteiligung an politischem Einfluss verloren hat. Für eine Neuaufgabe der rot-roten Koalition reichte es hier aufgrund der Verluste von SPD und LINKE nicht mehr. Im Saarland wurde das wichtige Ziel, Rot-Rot möglich zu machen, erreicht, eine Regierungsbeteiligung scheiterte am mangelnden Willen der SPD.

Im Vergleich mit der Veränderung der Stimmenanteile anderer Parteien waren die Ergebnisse für DIE LINKE im Jahr 2011 dennoch stabil: Gewinne und Verluste schwanken zwischen +1,6 Prozentpunkte in Mecklenburg-Vorpommern und -2,8 Prozentpunkte in Bremen. Im Saarland konnte das außergewöhnlich hohe Einstiegsniveau der LINKEN von 2009 (21,3 Prozent) in 2012 nicht wieder erreicht werden (16,1 Prozent).

DIE LINKE schaffte in keinem weiteren ostdeutschen Bundesland (neben Brandenburg) den Sprung zur Regierungspartei. Im Westen bleibt ihre parlamentarische Existenz in den Landtagen, aber auch in vielen kommunalen Parlamenten, prekär, um die Überwindung der Sperrklausel muss immer wieder neu gekämpft werden – mit Ausnahme des Saarlandes. Die Wiederwahl in die Hamburger und Bremische Bürgerschaft ist geglückt.

Der Parteivorstand hat die Ergebnisse kritisch und selbstkritisch diskutiert und Schwierigkeiten auf Ebene des Bundes und der Länder erörtert, die das Wahlverhalten im eigenen Potential negativ beeinflusst hat.

Im Ergebnis der Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen hat sich die Zahl der Mandate in den Parlamenten und kreisfreien Städte deutlich erhöht. Die Ursache hierfür waren jedoch nicht gewachsene Stimmenanteile. Vielmehr gelang es in Hessen und Niedersachsen, nahezu flächendeckend mit Kandidatinnen und Kandidaten anzutreten. Die Wahlergebnisse blieben zugleich deutlich hinter den Ergebnissen bei der letzten Bundestagswahl, aber auch den Landtagswahlen zurück. In Niedersachsen gab es in einigen kommunalpolitischen Hochburgen sogar Verluste. Die Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern brachten geringe Verluste.

Programmarbeit

In der Tätigkeit des Parteivorstandes nahm die Arbeit am neuen Programm der Partei DIE LINKE einen wesentlichen Platz ein. Nach der Vorstellung des ersten Programmentwurfes im März 2010 hatte unter den Mitgliedern eine rege Diskussion begonnen. In Basisorganisationen und vielfältigen Veranstaltungen auf Stadt-, Kreis- und Landesebene setzten sich die Parteimitglieder mit den Inhalten des Entwurfs auseinander. Begleitet wurde der Diskussionsprozess von Veröffentlichungen in der Zeitung „Neues Deutschland“, in „Disput“, in Landes- und Kleinen Zeitungen der LINKEN. Auf der Internetseite der Partei wurde unter dem Stichwort „Programm“ eine Vielzahl von Diskussionsbeiträgen veröffentlicht. DIE LINKE startete im Februar 2011 eine elektronische Programmdebatte auf der Plattform „Liquid Democracy“. Damit leistete sie in einen wesentlichen Beitrag in Sachen direkter Demokratie. Landesvorstände und Zusammenschlüsse der Partei stellten vielfältige Diskussionsmaterialien zur Programmdebatte zur Verfügung. Der Landesvorstand Sachsen z. B. gab einen Reader zur Programmdebatte heraus, das „forum demokratischer sozialismus“ legte Thesen zum Programmentwurf vor, die „Sozialistische Linke“ erarbeitete ebenfalls einen Reader. Mit einer „Einführung in die Programmdebatte“ unterstützte der Bereich Politische Bildung der Bundesgeschäftsstelle die Bildungsarbeit der Partei. Mit ihren Positionspapieren „Sozialismus im 21. Jahrhundert und reale gesellschaftliche Prozesse zu linken Alternativen in der Gegenwart“ und „Über den Staat und die Rechtsordnung im Entwurf des Parteiprogramms der LINKEN“ brachte der Ältestenrat wichtige Erfahrungen und Impulse in die Programmdebatte ein. Die „Beiträge zur Programmdiskussion: Anforderungen an ein linkes feministisches Projekt heute“ führten zu kontroversen Auseinandersetzungen und haben die Programmdebatte außerordentlich belebt. Ergebnisse dieser Diskussionen fanden im Programm ihren Niederschlag. Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu Themen der neuen Programmatik waren für die Verständigung unter Parteimitgliedern und darüber hinaus zur Programmdebatte sehr hilfreich.

Zu den Themen der Programmdebatte, die vor allem erörtert wurden, zählen: Traditionslinien und Auseinandersetzung mit der Geschichte beider deutscher Staaten und der Linken, Kapitalismusverständnis heute, demokratischer Sozialismus als transformatorischer Prozess, sozial-ökologischer Umbau, Demokratisierung der Gesellschaft, Eigentumsfrage und Wirtschaftsdemokratie, linke Reformprojekte und Chancen ihrer Realisierbarkeit, Rolle der Erwerbsarbeit und umfassenderes Verständnis von Arbeit, Geschlechterverhältnisse im Umbruch und Kampf um Geschlechtergerechtigkeit,

Bedingungsloses Grundeinkommen, Bedeutung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, Demokratie in der digitalen Gesellschaft, Anforderungen an eine moderne Bildungspolitik, Haltelinien für Regierungsbeteiligung, Maßstäbe für eine konsequente Friedenspolitik. Im Juni 2010 lagen dem Parteivorstand über 600 Wortmeldungen zum Entwurf des neuen Parteiprogramms vor, oft mit mehreren Änderungs- und Ergänzungsvorschlägen.

Am 3. Juli 2010 beschloss der Parteivorstand die Bildung einer Redaktionskommission. Sie wurde von den beiden Parteivorsitzenden Gesine Löttsch und Klaus Ernst geleitet. Mitglieder waren Katja Kipping, Sahra Wagenknecht, Matthias Höhn und Ralf Krämer. Aufgabe der Kommission war es, die Beiträge zur Programmdebatte aus der Partei, auf Konferenzen, von befreundeten Organisationen und Verbänden und anderen uns nahe stehenden Interessengruppen und Einzelpersonen, zu sammeln und aufzubereiten. Sie wurde beauftragt, eine synoptische Entscheidungsgrundlage für den Leitantrag des Parteivorstandes zu entwerfen und dem Vorstand vorzulegen. Ein Arbeitsteam aus dem Bereich Strategie und Grundsatzfragen der Bundesgeschäftsstelle stand der Redaktionskommission dabei mit umfangreicher Zuarbeit zur Seite.

Einen ersten Höhepunkt der Programmdiskussion bildeten die Regionalkonferenzen der Landesverbände im September 2010. Landesverbände aus Ost- und Westdeutschland führten gemeinsame Konferenzen durch, was sich für den Gedankenaustausch, das gegenseitige Verständnis und das Ringen um gemeinsame Grundpositionen als nützlich und produktiv erwies. Die Landesverbände Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein tagten am 18. September 2010 in Rostock; Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen ebenfalls am 18. September 2010 in Erlangen; Hessen, Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen am 26. September 2010 in Kassel und die Landesverbände Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen am 3. Oktober 2010 in Mainz. Die Regionalkonferenzen waren gut besucht und erfolgreich. Sie zeichneten sich durch anregende Diskussionen in solidarischer Atmosphäre aus.

Als eine bedeutsame und gelungene Veranstaltung erwies sich der am 7. November 2010 in Hannover durchgeführte Programmkonvent, an dem über 800 Parteimitglieder aus allen Landesverbänden teilnahmen.

In den Monaten Mai und Juni 2011 befasste sich die Redaktionskommission intensiv mit den vorliegenden Änderungsanträgen zum Programmwurf und erarbeitete die entsprechenden Entscheidungsgrundlagen für den Parteivorstand, darunter auch verschiedene Varianten zur Entscheidungsfindung. Auf seiner Sitzung vom 21. bis 23. Mai 2011 beschäftigte sich der Parteivorstand erstmals mit den eingereichten Änderungsvorschlägen zum Entwurf. Auf seiner Sitzung am 2. und 3. Juli 2011 verabschiedete er dann den Leitantrag für den Parteiparteitag. Danach erreichten über 1.400 Änderungsanträge aus allen Gliederungen der Partei den Parteivorstand. Sie wurden in den entsprechenden Antragsheften allen Parteitagdelegierten zur Kenntnisnahme und als Grundlage für das Abstimmungsverfahren übergeben. Den Meinungsverschiedenheiten und kontroversen Auffassungen, die in der Programmdebatte deutlich wurden, Rechnung tragend, unterbreiteten die Mitglieder der Redaktionskommission dem Parteivorstand Vorschläge für Kompromissformulierungen. Diese bezogen sich vor allem auf die Themenfelder Verständnis und Bedeutung der Arbeit in der Gesellschaft von heute, öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS), Bedingungsloses Grundeinkommen, konsequente Friedenspolitik und Bedingungen für Regierungsbeteiligung. Auf ihrer Sitzung am 15. und 16. Oktober 2011 beschäftigten sich die Mitglieder des Parteivorstandes intensiv mit den Änderungsanträgen und entwickelten Vorschläge zum Abstimmungsverfahren auf dem Parteitag, der vom 21. bis 23. Oktober 2011 in Erfurt tagte.

Nach 30 Stunden intensiver Diskussion stimmten in Erfurt 96,9 Prozent der Delegierten dem neuen Programm zu (503 Stimmen bei 4 Gegenstimmen und 12 Enthaltungen). Dem schloss sich ein Mitgliederentscheid zum neuen Programm an. Am 18. Dezember 2011 erfolgte die Auszählung der Stimmen im Karl-Liebknecht-Haus in Berlin. Es wurden 34.199 Stimmen abgegeben. Das entspricht einer Beteiligung von 48,86 Prozent der Mitglieder, denen Abstimmungsunterlagen zugestellt wurden. Damit wurde das Quorum für die Gültigkeit des Mitgliederentscheids als Beschluss nach § 8 Abs. 4 der Bundessatzung erreicht. 34.160 Stimmen waren gültig. Mit "Ja" für das neue Programm stimmten 32.728

Mitglieder. Das sind 95,81 Prozent. Mit "Nein" zum neuen Parteiprogramm stimmten 668 Mitglieder. Das sind 1,96 Prozent. Es gab 764 Enthaltungen. Das sind 2,24 Prozent.

Damit war das Erfurter Programm der LINKEN durch den Mitgliederentscheid beschlossen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der LINKEN

Der Parteivorstand informierte tagesaktuell und in Abstimmung mit der Bundestagsfraktion über die Politik der LINKEN. Die Parteivorsitzenden oder eine Vertreterin bzw. ein Vertreter informierten wöchentlich auf einer Pressekonferenz über die Tätigkeit der Partei und nahmen zu aktuellen Themen Stellung. Darüber hinaus fanden im Durchschnitt einmal pro Woche Statements und Pressekonferenzen zu tagesaktuellen Anlässen statt. Die quantitative Widerspiegelung der Pressekonferenzen und Statements in Nachrichtenagenturen, Printmedien und TV hat sich nach zwischenzeitlichem Rückgang im Lauf des ersten Quartals 2012 wieder verbessert.

Der Parteivorstand sendete durchschnittlich zwei Pressemeldungen pro Wochentag zu tagesaktuellen Themen aus. Darüber hinaus waren insbesondere die Vorsitzenden regelmäßig in Printmedien und Nachrichtenagenturen mit exklusiv verbreiteten Äußerungen zu politischen Analysen und Forderungen der LINKEN präsent. Vertreterinnen und Vertreter der Presse wurden regelmäßig zu Events und Veranstaltungen der Partei eingeladen.

Im Laufe des Jahres 2011 wurde die Nutzung der sozialen Netzwerke für die Pressearbeit des Parteivorstands intensiviert. In Planung ist die bessere Nutzung des Outputs der Parteimedien für die Pressearbeit.

Auf der Internetseite www.die-linke.de informierte der Parteivorstand ausführlich und tagesaktuell über die Positionen und Aktionen der Partei. Publikationen, Presseerklärungen und Positionspapiere sind hier abrufbar. Im Durchschnitt wird die Seite monatlich von 160.000 Nutzerinnen und Nutzern besucht, die monatlich etwa zwei Millionen Seitenaufrufe vornehmen. Durch eine neue Mediathek wird zurzeit die Bereitstellung von multimedialen Inhalten benutzerfreundlicher gestaltet. Ein neues Element ist die Chronik der LINKEN, die durch die Mitarbeit möglichst vieler Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten mit Inhalt gefüllt werden soll. Der Parteivorstand hat die Verantwortung für die regelmäßige technische Weiterentwicklung des LINKEN CMS übernommen und dazu eine entsprechende Vereinbarung mit dem Internetprovider getroffen.

DIE LINKE hat ihre 2009 begonnenen Aktivitäten in sozialen Netzwerken fortgeführt und weiterentwickelt. Derzeit ist DIE LINKE auf folgenden Plattformen vertreten: Youtube, Facebook, Google+, MeinVZ/StudiVZ, flickr, Twitter, livestream.com, make.tv, Soundcloud und Foursquare. DIE LINKE berichtet auf diesen Plattformen direkt, unmittelbar und aktuell über ihre Themen und Personen. Userinnen und User können eigene Beiträge beisteuern, Inhalte kommentieren, diskutieren und weiterverbreiten. Insgesamt erreicht DIE LINKE in den sozialen Netzwerken durchschnittlich mehr als 2,6 Mio. Kontakte pro Jahr. Insgesamt konnte DIE LINKE zwischenzeitig ihren Rückstand im Vergleich zu anderen Parteien aufholen und ist im Parteienwettbewerb bei positiver Prognose gut platziert. Kernpunkte der Weiterentwicklung der Kommunikation in sozialen Netzwerken waren in den vergangenen (und sind in den kommenden) Jahren vor allem die Schaffung von mobilen Applikationen und Live-Produktionen wie Livestreams und Liveticker. Außerdem haben wir elektronische Werkzeuge für unsere Partei genutzt und weiterentwickelt, die es ermöglichen, gemeinsam an Texten zu arbeiten (z.B. Etherpad, Wikis, adhocracy, liquid democracy).

Eine Steuerungsgruppe Kommunikation unter Beteiligung von VertreterInnen aller Länder, der Agenturen, der zuständigen Mitglieder des Parteivorstandes wurde eingerichtet, die Fragen zu Publikationen der Partei, eines integrierten Medienauftrittes, der Markenführung sowie Entwicklungsbedarfe im Bereich der digitalen Kommunikation erörtert hat.

Der Parteivorstand gab monatlich die Mitgliederzeitschrift DISPUT in einer Auflage von 6.000 Exemplaren heraus und beschloss auf Grundlage eines Antrages der BAG Rote Reporter die Herausgabe eines kostenlosen Mitgliedermagazins, das an alle Mitglieder versandt werden soll. Für die Gestaltung des

Magazins wurde eine Ausschreibung durchgeführt und entschieden, es wurden eine Redaktion und ein Redaktionsbeirat berufen. Die Bundesgeschäftsführung hat gemeinsam mit einer Arbeitsgruppe des Bundesausschusses getagt, der über die Freigabe der Mittel entscheidet und dabei u.a. Fragen demokratischer Redaktionsstatute sowie den Entwurf eines Publikationskonzeptes erörtert.

Der Parteivorstand verschickte an ca. 23.000 Adressen (2010: 27.000 Adressen) wöchentlich einen elektronischen Newsletter.

Der Bereich „Bürgerdialog“ wurde neu aufgestellt. Im Konsultations- und Informationszentrum (KIZ) des Karl-Liebknecht-Hauses können Besucherinnen und Besucher Auskünfte und Informationsmaterial der Partei und der Bundestagsfraktion erhalten. Es nahmen mehrere Tausend Menschen an Informations- und Kulturveranstaltungen in der Parteizentrale der LINKEN teil. Neben den regelmäßigen monatlichen Veranstaltungen „geDRUCKT.es“ und „Lesen im Karl Liebknecht Haus“ fand seit November 2011 mindestens eine große politische Veranstaltung im Monat und zwar jeden dritten Donnerstag unter der Überschrift „Im Rosa-Luxemburg-Saal“ statt. Thematisch werden dort unsere politischen Schwerpunkte und aktuelle Fragen behandelt und Gelegenheit zur Diskussion gegeben. Sehr viele Menschen nutzten auch die Angebote zur Mieten- und Rentenberatung.

Guten Zuspruch fand das Karl-Liebknecht-Haus auch wieder an den „Tagen des Offenen Denkmals“. Das denkmalgeschützte Karl-Liebknecht-Haus wird in jedem Jahr im September – unabhängig vom Thema des Denkmaltages – der Öffentlichkeit vorgestellt. Im Jahr 2010 nahmen 65 Teilnehmer/innen an den Führungen teil; im September 2011 waren es 96. In diesem Jahr wird das Haus 100 Jahre alt, was wiederum genutzt werden soll, um für einen Besuch zu werben.

In den Jahren 2010/11 konnten wir 111 Besuchergruppen im Haus begrüßen, darunter 88 Gruppen unserer Bundestagsabgeordneten.

Im Jahr 2011 haben wir über die offizielle E-Mail-Adresse parteivorstand@die-linke.de 4.659 E-Mail-Zuschriften (ohne Spam und Mehrfachschreiber) erhalten. Alle Schreiber/innen erhielten von uns spätestens nach zwei Tagen eine qualitativ ausführliche Antwort. Im Jahr 2012 sind es derzeit 1.281 E-Mails (1-11. KW). Mit der Durchwahl 030-24009-999 haben wir ein zentrales Bürgertelefon eingerichtet. Das Feedback der Bürgerinnen und Bürger fließt regelmäßig in die Arbeit der Parteigremien ein.

Zu Kampagnen und Aktionen der Partei wurden Informationsmaterialien, Folder, Broschüren, Handzettel, Plakate, Transparente, Aktionsbuttons und anderes mehr hergestellt sowie Hinweise für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gegeben. Die Mitgliederwerbung wurde bei fast allen Publikationen berücksichtigt, indem z.B. Kontakt- und Eintrittsformulare angefügt wurden. Über den Online-Shop wurden neue Aktionsmaterialien vertrieben, die besonders bei den Anti-Castor-Protesten und bei den Aktionen für Dresden Nazifrei genutzt wurden. In hoher Auflage wurde die Broschüre „Linke Argumente gegen rechte Hetze. Thilo Sarrazins Rassismus und die Krise“ gedruckt. Die Grundsatzdokumente der Partei wurden nach dem Erfurter Parteitag in hoher Auflage produziert und über die Landesverbände vertrieben. Erstmals wurden auch barrierefreie Fassungen produziert.

Das „Fest der Linken“ wurde als kulturelles Projekt unserer Partei etabliert und konnte 2010 und 2011 jeweils Zehntausende Besucherinnen und Besucher in der Berliner Kulturbrauerei erfreuen. In enger Kooperation mit dem Neuen Deutschland, der Bundestagsfraktion, der Partei der Europäischen Linken, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, den Landesverbänden und Landtagsfraktionen der Partei sowie weiteren Partnerinnen und Partnern hat diese überregionale kulturelle und politische Großveranstaltung eine neue Traditionslinie eröffnet. Der Aschermittwoch 2011 und 2012 wurde von der Partei DIE LINKE bei guter Medienberichterstattung ausgerichtet.

Auch in den Jahren 2011 und 2012 rief DIE LINKE zum traditionellen Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg auf. DIE LINKE war beteiligt an den Aktionen zum 1. Mai, an den alljährlichen Ostermärschen, an den Kranzniederlegungen zum Tag der Befreiung und am Welt-Aids-Tag. Präsent war die Partei auf der Jugendmesse YOU sowie bundesweit auf den Paraden zum Christopher Street Day. Wir haben uns außerdem an einer ganzen Reihe von Aktionen, Kampagnen und Gedenktagen öffentlichkeitswirksam beteiligt. Dazu gehörten die Aktivitäten zum Tag gegen Gewalt gegen Frauen, zum Internationalen Tag gegen Rassismus, zum Equal Pay Day, den Protesten gegen den Afghanistan-Einsatz,

gegen die Castor-Transporte, an der Schweigeminute für die Opfer rassistischer Gewalt, am Internationalen Frauentag, den Aktivitäten für Dresden Nazifrei, dem Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus und Krieg, an der Demonstration „Freiheit statt Angst“, der Demonstration „Wir haben es satt“, dem Fukushima-Jahrestag, den Aktionen „Bundeswehr raus aus den Schulen“ und den Aktivitäten gegen ACTA. Zu Ostern 2012 haben Kreisverbände mit Standaktionen öffentlich auf die ungerechte Reichumsverteilung aufmerksam gemacht. Die Kandidatinnen der LINKEN für das Amt der Bundespräsidentin, Luc Jochimsen und Beate Klarsfeld, konnten wir für mehrere öffentlichkeitswirksame Auftritte gewinnen.

DIE LINKE war auf der Linken Medienakademie 2011 und 2012 in vielfacher Hinsicht präsent. Die jährliche Veranstaltung „Pfingsten mit der LINKEN“ am Werbellinsee blieb eine traditionelle, immer ausgebuchte Veranstaltung der Partei. Die Verleihung des Clara-Zetkin-Frauenpreises in den Jahren 2011 und 2012 war ein herausragendes Event mit guten Besucherzahlen. DIE LINKE war 2011 auf den Presse- und Parteifesten der Portugiesischen KP, der Französischen KP und der KP Österreichs beteiligt.

Arbeit der Gremien

Der Parteivorstand organisierte die Verzahnung der unterschiedlichen Gliederungsebenen.

Im Berichtszeitraum fanden zehn Beratungen mit den Landesvorsitzenden, Landessprecherinnen und Landessprechern statt. Regelmäßig kamen auf Einladung der Bundesgeschäftsführung bzw. des Bundesschatzmeisters die Landesgeschäftsführer/innen bzw. Landesschatzmeister/innen zusammen, einmal auch zu einer gemeinsamen zweitägigen Klausur. Im Mittelpunkt standen die Parteientwicklung in den Landesverbänden, die Gestaltung von gemeinsamen Kampagnen und die Orientierung auf die Arbeit entsprechend den gemeinsamen strategischen Themen der Partei. Breiten Raum nahm der Erfahrungsaustausch zu praktischen Fragen der Parteiarbeit ein. Ebenfalls regelmäßig, aber in größeren Abständen, tagte das Bundeswahlbüro mit der Bundeswahlkampfleiterin und dem Bundeswahlkampfleiter und bereitete Wahlkämpfe vor und wertete Wahlen aus. Mindestens zweimal jährlich berieten die Bundesgeschäftsführerin, der Bundesgeschäftsführer und zum Teil der Bundesschatzmeister mit den Sprecherinnen und Sprechern der bundesweiten Zusammenschlüsse der Partei.

Gewährleistet wurden Auftritte im Rahmen von bundesweiten oder europäischen Konferenzen und Tagungen.

Die Bundesgeschäftsstelle

Die Parteizentrale im Berliner Karl-Liebknecht-Haus stellte sich der Aufgabe, bei der inhaltlichen Vor- und Nachbereitung der Bundesparteitage sowie der Beratungen des Parteivorstandes und des Bundesausschusses mitzuwirken und die erforderlichen organisatorischen und sonstigen Rahmenbedingungen für diese Tagungen, aber auch für Konferenzen, Workshops, Kampagnen und Aktionen der Partei zu schaffen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützten die Arbeit der Programmkommission, der Internationalen Kommission, der Bundesschiedskommission, des Bundesfinanzrates, der Bundesfinanzrevisionskommission, der Satzungskommission, der Projektgruppe LINKE 2020, der Kommission Politische Bildung und weiterer Kommissionen und Gremien der Partei DIE LINKE. Im Karl-Liebknecht-Haus bestehen elementare Arbeitsbedingungen für die bundesweiten Zusammenschlüsse, deren Arbeit nach Kräften unterstützt wird. Neben den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern arbeiten im Karl-Liebknecht-Haus Praktikantinnen und Praktikanten (im Berichtszeitraum waren es über 50 Schülerinnen, Schüler und Studierende), deren Aufgaben, Arbeitsbedingungen und Entlohnung in einer Praktikumsordnung geregelt sind. Mehrere Genossinnen und Genossen arbeiten regelmäßig ehrenamtlich in der Bundesgeschäftsstelle mit.

DIE LINKE international

Die Entwicklung der internationalen Beziehungen der Partei war ein vordringliches Ziel des Parteivorstandes. Eine zentrale Rolle dabei nahmen die Abstimmungen, Konsultationen und Aktionen mit der Partei der Europäischen Linken (EL) und ihren Mitglieds- und Beobachterparteien ein. Im Dezember 2010 fand der dritte Kongress der Europäischen Linken (EL) in Paris statt. Dort wurde u.a. die „Agenda für ein soziales Europa“ – ein Aktionsprogramm der EL für 2011 bis 2013 beschlossen und Diether Dehm zum Schatzmeister der EL sowie Claudia Haydt und Helmut Scholz in den Vorstand der EL gewählt. Zudem wurde beschlossen, eine Europäische Bürgerinitiative für die Schaffung eines Europäischen Fonds für soziale und solidarische Entwicklung einzuleiten. DIE LINKE war im Berichtszeitraum Gastgeber für den Vorstand und den Rat der Parteivorsitzenden der EL. In Zusammenhang mit diesen Treffen fanden zwei große Kulturveranstaltungen statt, um die Inhalte der EL, ihre Kampagnen und Ziele einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren. Mitglieder der LINKEN nahmen an der EL- Sommeruniversität in Moldawien (2010) und Italien (2011) teil.

In der Euro-Krise zeigte DIE LINKE gemeinsam mit der EL ihre Solidarität mit den Griechinnen und Griechen. Auf zahlreichen Veranstaltungen in Griechenland, Deutschland und anderswo machten Vertreterinnen und Vertreter des Parteivorstandes auf die wirklichen Ursachen der europäischen Banken- und Finanzkrise aufmerksam und zeigten solidarische Wege für einen Ausweg aus der Krise auf.

Die Internationale Kommission des Parteivorstandes nahm ihre Arbeit im Januar 2011 auf. Seitdem tagte dieses beratene Gremium des Parteivorstandes und der Parteivorsitzenden fünf Mal und verständigte sich zu zahlreichen Fragen der internationalen Politik, wie zum Beispiel zu einer Reform der Vereinten Nationen und dem „Willy-Brandt-Korps“ für internationale Katastrophenhilfe.

Ein weiterer wichtiger Arbeitsschwerpunkt war die Fortsetzung des friedenspolitischen Engagements der Partei auf internationaler Ebene. Gemeinsam mit der EL und der Friedensbewegung beteiligte sich DIE LINKE an Protesten gegen das Militärbündnis NATO und gegen den Krieg in Afghanistan.

Den Entwicklungen des „Arabischen Frühlings“, besonders in Ägypten und Tunesien, schenkte der Parteivorstand große Aufmerksamkeit: Im Rahmen der EL beteiligte sich DIE LINKE an einer Fact-finding-mission in Tunesien, kam mit den AktivistInnen der Tahir-Bewegung zusammen und besuchte den Gründungsparteitag der Sozialistischen Partei Ägyptens. Gemeinsam mit Stiftung und Bundestagsfraktion organisierte der Parteivorstand eine Veranstaltungsreihe mit Gästen aus Ägypten zu den Umbruchsprozessen im Land.

Die Parteivorsitzenden Gesine Löttsch und Klaus Ernst hatten politische Gespräche in Argentinien, Brasilien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Island, Italien, den Niederlanden, Norwegen, Portugal, Schweden, Spanien und Uruguay. In Berlin und anderswo empfingen die Parteivorsitzenden und weitere Mitglieder des Parteivorstandes ausländische Repräsentantinnen und Repräsentanten, darunter den norwegischen Integrationsminister, den Generalsekretär der zyprischen AKEL, den Präsidenten der italienischen Region Apulien und den isländischen Finanzminister. Zum Erfurter Programmparteitag reisten 42 Delegationen von befreundeten Parteien und Organisationen aus 33 Ländern an. Ein Höhepunkt des Parteitages war die Rede von Alexis Tsipras, des Parteivorsitzenden von SYNASPISMOS und stellvertretenden EL-Vorsitzenden, der die Situation in Griechenland darstellte.

DIE LINKE war im Berichtszeitraum unter anderem bei folgenden Parteien zugegen:

PRC und PdCI (Italien), Sozialistische Partei Ägyptens, Synaspismos (Griechenland), Linksblock (Portugal), Kommunistische Partei Chinas, Sozialistische Partei (Niederlande), P-MAS (Paraguay), SACP und ANC (Südafrika), Vänsterpartiet (Schweden), PIT (Senegal), PLM (Philippinen), Kommunistische Partei Israels, BDP und ÖDP (Türkei), FKP und PdG (Frankreich), Kommunistische Partei der Russischen Föderation. Erneut beteiligte sich DIE LINKE aktiv an den Pressefesten linker Zeitungen, bzw. an Volksfesten linker Parteien in Lissabon, Paris, Wien, Prag und Madrid.

Zur finanzpolitischen Arbeit des Parteivorstandes

Im Berichtszeitraum hat der Parteivorstand auf der Grundlage des Parteiengesetzes und der Bundesfinanzordnung öffentlich Rechenschaft über die Herkunft und die Verwendung der Mittel sowie über das Vermögen der Partei für die Jahre 2009 und 2010 gelegt. Beide Rechenschaftsberichte wurden fristgemäß durch den Bundesschatzmeister nach Beratung im Parteivorstand – versehen mit dem uneingeschränkten Testat des Wirtschaftsprüfers – beim Präsidenten des Deutschen Bundestages eingereicht. Die Rechenschaftsberichte der Partei sind im Internet unter www.die-linke.de/partei/fakten/finanzen veröffentlicht. Gegenwärtig wird die Rechenschaftslegung der Partei für das Kalenderjahr 2011 erarbeitet.

Anhand der Ergebnisse der Rechenschaftslegung 2010 lassen sich gegenüber 2009 folgende Entwicklungen erkennen:

Die Einnahmen 2010 betragen insgesamt 27.852 T€ und waren damit um 591 T€ höher als 2009. Das ist hauptsächlich aufgrund der gestiegenen Mandatsträgerbeiträge infolge der guten Wahlergebnisse 2009 möglich gewesen. Die Ausgaben 2010 in Höhe von insgesamt 22.961 T€ waren um 10.799 T€ geringer als 2009. Insgesamt wurde damit im Vergleich zum Defizit im Wahljahr 2009 ein Überschuss von 4.890 T€ im Jahr 2010 erreicht.

Die Mitgliedsbeiträge betragen 2010 9.987 T€; sie sind gegenüber 2009 um 2,4 T€ gesunken auf der Basis von 73.658 Mitgliedern, das sind 4.388 Mitglieder weniger als im Vorjahr. Der monatliche Durchschnittsbeitrag je Mitglied wurde in der Gesamtpartei um 0,63 € auf 11,30 € erhöht; in den Landesverbänden der neuen Bundesländer um 0,36 € auf 13,87 € und in den alten Bundesländern um 0,98 € auf 6,95 €. Mittlerweile ist die Mitgliederzahl auf unter 70.000 gesunken. Um dieser Entwicklung mittel- und langfristig entgegenzusteuern, hat der Parteivorstand im Herbst 2010 das Projekt LINKE 2020 auf den Weg gebracht. Der Abschlussbericht der Projektgruppe mit vielfältigen Vorschlägen liegt vor; er soll die Grundlage für eine breite Diskussion zur organisatorischen Entwicklung unserer Partei sein.

Die Mandatsträgerbeiträge sind insgesamt um 1.249 T€ auf 3.933 T€ gestiegen. Davon entfallen auf die Bundesebene 1.035 T€, auf die Landesverbände der alten Bundesländer 1.450 T€ und auf die Landesverbände der neuen Bundesländer 1.448 T€.

Bei den Parteispenden, vor allem von Mitgliedern sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten, konnte das Vorjahresergebnis nicht erreicht werden. DIE LINKE erhält keine Großspenden von Unternehmen. Der Anteil der Spenden von juristischen Personen an den Gesamteinnahmen der Partei betrug im Rechnungsjahr 2010 lediglich 0,08 Prozent.

Die Einnahmen aus staatlichen Mitteln, die auf der Basis der Zuwendungen an die Partei (Mitgliedsbeiträge, Mandatsträgerbeiträge und Spenden) und der erzielten Wählerstimmen festgesetzt werden, sind 2010 um 130 T€ auf 10.835 T€ gestiegen. Gemäß Festsetzung des Präsidenten des Deutschen Bundestages für das Jahr 2011 betragen die staatlichen Mittel für DIE LINKE inzwischen insgesamt 12.130 T€.

In der Bilanz der Partei war per 31. Dezember 2008 eine Rückstellung in Höhe von 292.045,82 € eingestellt. In dieser Höhe hatte die Bundestagsverwaltung eine Sanktion gegen unsere Partei festgesetzt, weil DIE LINKE im Jahr 2006 Wahlkampfausgaben für den Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz finanziert hatte, zu dem gemäß Kooperationsabkommen die WASG angetreten war, und diese Ausgaben nicht als Spende im Rechenschaftsbericht der WASG deklariert wurden. Der von der Partei geführte Verwaltungsrechtsstreit zu diesem Verfahren ist zwischenzeitlich abgeschlossen. Die Sanktion wurde 2011 entrichtet.

Durch die positive Entwicklung im Jahr 2010 ist das Reinvermögen der Partei um 4.890T€ angewachsen und betrug per 31. Dezember 2010 23.590T€, davon 11.602 T€ im Parteivorstand und 11.988T€ in den Landesverbänden. Vom gesamten Reinvermögen betrafen 11.333T€ die Geldbestände der Partei, darunter 2.924 T€ im Parteivorstand.

Zur Finanzierung von Landtags- und Kommunalwahlkämpfen im Jahr 2010 wurden aus dem zentralen Wahlkampffonds auf Beschluss des Parteivorstandes mit Zustimmung des Bundesfinanzrates insgesamt Mittel in Höhe von 1.613,5 T€ an nachstehende Landesverbände bereitgestellt:

Baden-Württemberg	200 T€
Bayern	10 T€
Bremen	15 T€
Hamburg	20 T€
Hessen	60 T€
Niedersachsen	1,5 T€
Nordrhein-Westfalen	700 T€
Rheinland-Pfalz	200 T€
Sachsen-Anhalt	380 T€
Schleswig-Holstein	27 T€

Im Jahr 2011 sind aus dem zentralen Wahlkampffonds zur Finanzierung von Landtags- und Kommunalwahlkämpfen auf Beschluss des Parteivorstandes mit Zustimmung des Bundesfinanzrates insgesamt 2.737 T€ den nachstehenden Landesverbänden in folgender Höhe zur Verfügung gestellt worden:

Baden-Württemberg	450 T€
Berlin	710 T€
Bremen	205 T€
Hamburg	248 T€
Hessen	69 T€
Mecklenburg-Vorpommern	410 T€
Niedersachsen	300 T€
Rheinland-Pfalz	200 T€
Sachsen-Anhalt	145 T€

Für die Finanzierung der Landtags- und Kommunalwahlkämpfe im Jahr 2012 ist bisher die Bereitstellung folgender Mittel für die genannten Landesverbände vom Parteivorstand mit Zustimmung des Bundesfinanzrates beschlossen worden:

Brandenburg	60 T€
Niedersachsen	424 T€
Nordrhein-Westfalen	665 T€
Saarland	300 T€
Schleswig-Holstein	300 T€
Thüringen	20 T€

Zum 1. Januar 2011 ist nach den Tarifverhandlungen zwischen der vom Parteivorstand beschlossenen Tarifkommission der Partei unter Leitung des Bundesschatzmeisters und ver.di ein neuer Entgelttarifvertrag für die Beschäftigten der Partei DIE LINKE abgeschlossen worden. Mit diesem Vertrag wurde bei einer Laufzeit von einem Jahr ein Gesamtvolumen von 3 Prozent Tarifierhöhung vereinbart. Im Ergebnis der darauffolgenden im Januar 2012 abgeschlossenen Tarifverhandlungen wurden die Entgelte der Beschäftigten zum 1. Januar 2012 um 3 Prozent und zum 1. Januar 2013 noch einmal um 3 Prozent erhöht.

Parteivorstand und Bundesausschuss haben im Berichtszeitraum den Finanzplan des Parteivorstandes und den Plan des zentralen Finanzausgleichs für 2011 und ebenso für 2012 beschlossen. Diese Finanzpläne sowie die jeweiligen Abrechnungen für die Vorjahre sind im Internet veröffentlicht.

Die Finanzplanung des Parteivorstandes für 2012 wurde frühzeitig eingeleitet. Dabei sind insbesondere auch die Ergebnisse der im Jahr 2011 durchgeführten Generalrevision eingeflossen, bei der insbesondere die Ausgabenposten aber auch die Reserven bei den Einnahmen überprüft wurden.

Der Finanzplan des Parteivorstandes für das Jahr 2012 sieht Gesamteinnahmen von 13.506 T€ vor, diese sind damit um 914 T€ höher als im Vorjahr geplant. Aufgrund der vom Bundestag beschlossenen Erhöhung der absoluten Obergrenze nach § 18 Parteiengesetz ist mit staatlichen Mitteln in Höhe von 10,5 Mio. Euro zu rechnen. Die Abführungen der Landesverbände aus den staatlichen Mitteln auf der Basis der bei den Landtags- und Bürgerschaftswahlen erzielten Wählerstimmen an den zentralen Wahlkampffonds werden hingegen infolge der Wahlergebnisse im Jahr 2011 auf 1.543 T€ sinken.

Der Zuwachs der Einnahmen wird im Etat 2012 vor allem für die Erhöhung der Ausgaben für die politische Arbeit um 423 T€ auf 3.024 T€ sowie für die Aufstockung der Zuführungen des Parteivorstandes zum zentralen Wahlkampffonds um 400 T€ auf 2.304 T€ eingesetzt.

Der bereits in 2011 erhöhte Fonds für Kampagnen, Veranstaltungen und Konferenzen sowie der im Jahr 2011 erstmals gebildete Fonds für Frauenpolitik und feministische Arbeit bleiben unverändert. Hingegen wird gemäß des Antrags des Jugendverbandes der entsprechende Fonds um 50 T€ auf 450 T€ erhöht. Dem Bedarf entsprechend werden die Reisekosten des Parteivorstandes um 10 T€ und die Reise- und Tagungskosten des Bundesausschusses um 15 T€ höher angesetzt. Gleiches trifft auf die für die Beratungen mit den Landesvorsitzenden und LandesgeschäftsführerInnen geplanten Kosten zu, welche jeweils um 2 T€ erhöht werden.

Die Ausgaben für die Partei der Europäischen Linken (EL) werden in Höhe der zu erwartenden Einnahmen aus EL-Mitgliedsbeiträgen von 220 T€ geplant. Hiervon sollen in Abstimmung mit dem EL-Schatzmeister 80 T€ direkt an die EL abgeführt werden. Damit finanziert DIE LINKE wie bisher den größten Anteil aller EL-Mitgliedsparteien an den Gesamteinnahmen der EL.

Der Bundesfinanzrat hat sich hinsichtlich der Zuschüsse des Parteivorstandes an die Landesverbände im Rahmen des Länderfinanzausgleichs auf ein Konzept verständigt, welches den Aufbau arbeitsfähiger Organisationsstrukturen in allen Landesverbänden sicherstellen soll. Dazu wird die Summe dieser Zuschüsse um 197 T€ auf 1.260 T€ erhöht. Dieser Betrag liegt entsprechend der Empfehlung des Bundesfinanzrates bei 12 Prozent der Einnahmen durch die staatliche Teilfinanzierung. Die Zuweisung von Mitteln aus dem Länderfinanzausgleich wird an konkrete Vorgaben geknüpft, die von der Bundesgeschäftsführung und dem Bundesschatzmeister im Rahmen von Zielvereinbarungen mit den jeweiligen Landesverbänden abzustimmen und zu überprüfen sind.

Der Bundesfinanzrat hat unter Leitung des Bundesschatzmeisters im Berichtszeitraum zehn Sitzungen durchgeführt. Außerdem wurden bei Bedarf zwischen den Beratungen notwendige Abstimmungen im Umlaufverfahren durchgeführt. Schwerpunkte waren:

- die Vorbereitung und Auswertung der Rechenschaftslegungen der Partei,
- die Bestätigung von Mitteln aus dem zentralen Wahlkampffonds und die Abrechnung der Wahlkampfergebnisse,
- die Beratungen zur Finanzplanung des Parteivorstandes einschließlich der Planung der Zuschüsse an die Landesverbände, des zentralen Wahlkampffonds und des Mitgliedermagazins,
- die Erarbeitung von Zielvereinbarungen zwischen dem Parteivorstand und allen Landesverbänden,
- die Mitwirkung an dem Projekt LINKE 2020 und
- die Verständigung zu dem ab 2010 eingeführten neuen online-fähigen Programm zur Mitgliederverwaltung MGL4WEB.

Anlage: Beschlüsse des Parteivorstandes vom 17. Mai 2010 bis zum April 2012 (außer Personalmaßnahmen)

Personalverantwortung, hauptamtliche Ausübung von Parteiämtern und Erstattung von Aufwendungen an Mitglieder des Parteivorstandes
Finanzielle Mittel für das Fest der Linken 2010

Positionen zur Regierungsbeteiligung in Bund und Ländern
 Gesundheitskampagne
 Umgang mit der Beobachtung durch den Verfassungsschutz
 7. Behindertenpolitische Konferenz
 Bespitzelung der Partei DIE LINKE durch den ‚Verfassungsschutz‘ unverzüglich beenden!“
 PV-Sitzungstermine 2010-2011
 Zur Führung der Programmdebatte
 Aktivitäten der Partei DIE LINKE gegen den Afghanistankrieg
 Vorbereitung und Finanzierung des Programmkonvents
 Vorbereitung und Finanzierung der Bundesfrauenkonferenz
 Zuständigkeiten im Parteivorstand / Ansprechpartner/innen für Zusammenschlüsse
 Berufung einer Internationalen Kommission beim Parteivorstand DIE LINKE
 Geschäftsordnung für die Beratungen des Parteivorstandes
 Umsetzungsschritte „Come together“
 Unterstützung der Demonstration Freiheit statt Angst und Durchführung eines Werkstattgespräches zum
 Thema Datenschutz
 Zusammensetzung der AG APK (Dachkampagne Antiprivatisierung)
 Sitzungsplan des Parteivorstandes 2010 / 2011
 Auswege aus der Krise - Das linke Gegenkonzept zum Sparpaket der Bundesregierung
 Arbeitsgruppe finanzpolitisches Konzept
 Gerecht besteuern statt sozialer Kahlschlag – Bündnis für soziale Gerechtigkeit organisieren!
 Personalverantwortung, hauptamtliche Ausübung von Parteiämtern und Erstattung von Aufwendungen an
 Mitglieder des Parteivorstandes
 Unterstützung der Wahlkämpfe 2011
 Aufruf zur Demonstration "Freiheit statt Angst"
 Unterstützung der Demo u. Aktion: "Atomkraft: Schluss jetzt!"
 Situation im Landesverband Bayern: Haltlose Vorwürfe zurückweisen
 Hartz-IV-Regelsätze
 Beteiligung an der YOU
 Erklärung zur von der Bundesregierung geplanten Neureglung der Sicherungsverwahrung
 1. September: Die Lehre aus der Geschichte lautet "NEIN zum Krieg!"
 Alternativen aufzeigen, Bündnispartner gewinnen, Wahlkämpfe gemeinsam vorbereiten
 „Sarrazin“-Broschüre
 Pilotveranstaltung „Geschichten erzählen“ im Rahmen der Umsetzung des „Come-Together-Papieres“
 Schluss mit Geheimverträgen
 Beteiligung an Aktivitäten zum Anti-NATO-Protest
 Migration und Integration
 Friedenspolitische Schwerpunkte 2010
 Behandlung von an den Parteivorstand überwiesenen Anträgen der 1. Tagung des 2. Bundesparteitages
 Mai 2010 in Rostock
 Einberufung der Mitglieder der Internationalen Kommission beim PV
 Stärkung der Tarifmacht
 Einsetzung einer AG zur Regelung der Vergütung von hauptamtlich ausgeübten Parteiämtern
 Resolution zu Stuttgart 21
 Stellenplan
 Sozialkahlschlag stoppen – Kürzungspaket verhindern
 Für soziale Alternativen statt Rente ab 67
 Atomkraft: Schluss jetzt!
 Kommission zur Berechnung der Mindestsicherung
 Demonstration Bundestagsbelagerung
 Geburtstag von Täve Schur
 Bereitstellung von Mitteln aus dem zentralen Wahlkampffonds

Position der LINKEN zur Bürgerarbeit
Luxemburg-Liebknecht-Ehrung 2011
Projekt „LINKE 2020“
Pfingsten mit der Partei DIE LINKE 2011
Bildung der Arbeitgeber-Tarifkommission
Arbeitsgruppen des Parteivorstandes
Dresden 2011. Nazis stoppen.
Kongress der Partei der Europäischen Linken
Zum Protest der Sahrauis in der besetzten Westsahara
Ver.di-Kampagne „Vermögenssteuer Jetzt“
Politischer Aschermittwoch am 9.3.2011 in Wallerfangen
Politischer Jahresauftakt am 10.1.2011
EL-Finanzplan
EL-Kulturkonferenz
Gewerkschaftspolitische Konferenz am 26.2. in Mannheim
Sonderzug nach Stuttgart
Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule
Aufruf zur Demonstration am 11. Dezember in Stuttgart
Festlegungen zum weiteren Agieren bei Castor-Transporten
Ersetzung ausgeschiedener Mitglieder der Kommission Politische Bildung
Frauenpreis 2011
Schlussfolgerungen aus der Bundesfrauenkonferenz
Ort und Datum des Parteitages 2011
Bildungspolitik der LINKEN
Überarbeitung des Programmentwurfs aus feministischer Perspektive
Bisheriger Verlauf, weitere Schritte und Zeitplan zum Fortgang der Programmdebatte
Arbeitsplanung für 2011
Countdown für den Mindestlohn
Wahlstrategie
Finanzielle Mittel für das Fest der Linken 2011
Finanzierung für die Bürgerschaftswahl 2011 in Hamburg
Fahrplan für die Aktivitäten gegen den Afghanistankrieg
Demonstration "Wir haben es satt"
100 Jahre Internationaler Frauentag – Preisverleihung und Festveranstaltung
Prüfung des Rechenschaftsberichtes der Partei DIE LINKE 2010 und prüferische Durchsichten der
 Quartalsabschlüsse der Landesverbände im Jahr 2011
Konkrete Anhaltspunkte für unrichtige Angaben im Rechenschaftsbericht 2005 der Partei WASG
Aufruf der LINKEN zu 100 Jahre Internationaler Frauentag
Unterstützung für unseren Wahlkampf zur Bürgerschaftswahl Hamburg
Beratervertrag
Gewerkschaftspolitische Konferenz der AG B&G 17./18. 6. 2011 Leipzig
Finanzzuspruch zum Politischen Aschermittwoch in Passau
Durchführung eines Festes anlässlich des 66. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus
Positionen zur Bürgerarbeit
Bundeswehr raus aus Schulen
Unterstützung einer Europäischen Bürgerinitiative zur Auflegung eines Fonds für soziale und ökologische
 Entwicklung
Forderung der LINKEN zur Höhe des Regelsatzes
Steuerkonzept der LINKEN
EU muss Doppelmoral aufgeben
Dresden Nazifrei
Initiative zur Gewinnung neuer, insbesondere auch weiblicher Mitglieder für DIE LINKE

EL-Beitrag DIE LINKE

Auch nach Mubarak-Rücktritt: Solidarität mit der Protestbewegung in Ägypten

Weltfrauenkonferenz

Kampagne für ein handlungsfähiges Hessen – für ein NEIN zur hessischen Schuldenbremse am 27. März

Wahlrecht

Umsetzung "Come together in 2011"

Die doppelten Abiturjahrgänge und die Aussetzung der Wehrpflicht - wie bereitet sich DIE LINKE darauf vor?

Unterstützung des Tschernobyl-Aktionstags am 25. April 2011

Aufruf zur Teilnahme an den Ostermärschen 2011

10 Jahre Afghanistankrieg – DIE LINKE bleibt dabei: Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Kommunalpolitik – Herzstück der Partei

Gewinnung neuer, insbesondere auch weiblicher Mitglieder für DIE LINKE

Stoppt den Krieg in Libyen! Frau Merkel, keine Unterstützung für den Krieg!

Kampagne für ein handlungsfähiges Hessen – für ein NEIN zur hessischen Schuldenbremse am 27. März 2011

Solidarität mit den Menschen in Japan. Atomkraftwerke sofort abschalten!

Hauptversammlung des Deutschen Städtetages

Arbeitnehmerfreizügigkeit

Konzept zur Nachwuchsförderung

Generalrevision Finanzen

Präsenz auf den Pressefesten der PCP „Festa do Avante 2011“, der PCF „Fête l´Humanité“ und dem Pressefest der „Volksstimme“ in Wien

Ostermarsch-Aufruf

Druck des Steuerkonzepts

Änderung der Geschäftsordnung des PV

Termin Parteitag 2012

Druckkosten Programme, Satzungen, Imagefolder

Kreisvorsitzendenkonferenz

Beschluss Kommunalkonferenz Hannover

Lasst uns streiten

EL-SU Beschluss

Delegiertenschlüssel PV

Einberufung des Erfurter Parteitags

Vorlage SGB II - Seminare

Finanzplan 2011

Unterstützung KW NS

Libyen

Afghanistan

Eurokrise

Beschluss Betriebsräte Datenschutz

Beschluss Teilfinanzierung prime-time-Theater-Vorstellung

Beschluss EL-FEM-SU Dolmetscher Antrag

Teilnehmerinnen Mentoring

Miete für Kreisvorsitzendenbesprechung

Zweigliedrigkeit des Schulsystems aus Sicht der LINKEN

Fortsetzung der Arbeit der Redaktionskommission

Programmdebatte bis zum Bundesparteitag

Gute Arbeit

Dortmund stellt sich quer

Afghanistan

Termin und Ort BPT

Konferenz Wirtschaftsdemokratie
Aktionstag gegen Krieg
Freiheit statt Angst 2011
Mentoring
Castor 2011
Europäische Kulturveranstaltung 2012
Freiheit statt Angst
Mentoring
Bildung der Arbeitgebertarifkommission
Zeitplan Erfurter Parteitag
Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln aus dem zentralen Wahlkampffonds
Beschluss Antragskommission - Nachbenennung
Aktionen der Partei zur Euro-Krise: Profiteure zur Kasse
Finanzplan 2. Tagung des 2. Parteitages
Sitzungsplan des Parteivorstandes im ersten Halbjahr 2012
Nachwahl von Mitgliedern des Tagungspräsidiums
Castor Proteste
Eurokrise Finanzplan
Parteitag Zeitplan
Stuttgart 21 Ja-Kampagne
Veranstaltungen im Rosa-Luxemburg-Saal
Verzeihbons beim Parteitag
Veranstaltung zur Afghanistan-Konferenz
Europäische Kohäsionspolitik
Abstimmungskommission Mitgliederentscheid
Agentur für Wahlkampf
EL Beitrag
Kommunal-Buchprojekt
Linke 2020
Umsetzung überwiesener Anträge
Mitgliedermagazin
Karl&Rosa-Ehrung 2012
Resolution gegen Rechts
AG-Tarifkommission Änderung der Zusammensetzung
Anzeige gegen Rechts
Dresden Nazifrei 2012
Druck Parteidokumente und barrierefrei
Einspruch bei der Bundesschiedskommission gegen einen Parteitagsbeschluss
Eurokrise
Frauenpreis 2012
GfPV-Termine
Kreisvorsitzendenberatung 2012 Ort
Mandate Bundesausschuss
Mitgliedermagazin
Ratschläge
Wahlkampffonds
Zukunftskongress
Stellungnahmen an Bundesschiedskommission
Dresden Nazifrei 2012 Finanzplan
Gutachten Mitgliederentscheid
Jahresauftakt 2012
Mitgliedermagazin

Programm
YOU 2012
Mitgliedermagazin Agenturentscheidung
Satzung Ältestenrat
Kultur in der LINKEN
Wahlkampffonds Bremen und Schleswig-Holstein
Wahlkampffonds Schleswig-Holstein und Brandenburg
Publikationen Zusammenschlüsse
Parteitagstrag G 6 Seniorenpolitik
Entwurf Finanzplan 2012
Krisenkampagne
Newsletter
Pfungsten mit der LINKEN 2012
LINKE 2020 Maßnahmen
Parteitagstrag P.7.dezentrale Projekte
Mieten und Wohnungspolitik
Unterstützung OB-Wahlkämpfe
ACTA stoppen!
Bürgerentscheid Dresden
VVN-BdA-Fest
Solidaritätserklärung Immunitätsaufhebung
Sommeruni Portaria
Frauentag Materialien 2012
Fukushimaaktionstag
HSH-Nordbank
Kostenübernahme Überprüfung der Rechtmäßigkeit FZA
Kreisvorsitzendenberatung 2012
Beschluss Ausbildung
Frauenpreis weitere Kosten
Servertechnik
Veranstaltung Beate Klarsfeld
Publikationen Zusammenschlüsse
Einberufung Göttinger Parteitag
Referenzprojekte Parteiprogramm
Karlspreis-Protteste
Teilnahme Seniorentag 2012
Anzeigenakquise
Publikationen BAG LiU und SL
Clara-Zetkin-Sonderpreis
Vulkan Betriebskostenabrechnung
Wahlkampffonds Saarland
Wahlkampffonds Dortmund
Wahlkampffonds Niedersachsen
Sozialstaat und Krise aus Frauensicht
Fest der Linken 2012
Ostermärsche 2012
Erklärung Internationaler Frauentag 2012
PV-Mitglieder mit geringem Einkommen
Krisenproteste im Mai
Buchprojekt
Bündnis Verteilungsgerechtigkeit
Emanzipatorische Linke Konferenz

Leitantrag zum Göttinger Parteitag
Bereitstellung von Mitteln aus dem zentralen Wahlkampffonds für den Landtagswahlkampf in NRW
Bereitstellung von Mitteln aus dem zentralen Wahlkampffonds für die Kommunalwahlen in Thüringen
Vertreterin der Partei DIE LINKE im ZDF-Fernsehrat
Fiskalpakt und Spardiktat verhindern! Löhne rauf, Sozialstaat verteidigen!
Finanzierung der Regionalkonferenzen im Vorfeld des Parteitages
Marx-Geburtstag 2012
Aufruf und Materialien zum 1. Mai 2012
Gemeinsam Druck machen für „Umfairteilung“!
Vorschläge für Zeitplan, Geschäftsordnung, Gremiengröße und -besetzung und Wahlverfahren zum Parteitag
Tätigkeitsbericht des Parteivorstandes
Einberufung der Bundesfrauenkonferenz 2012